

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 181 (2015)
Heft: 6

Artikel: Die Probleme der Allianz im Kampf gegen den IS
Autor: Hübschen, Jürgen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-513522>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Probleme der Allianz im Kampf gegen den IS

Bislang war immer nur von einem Kampf gegen den «Islamischen Staat» (IS) in Syrien und im Irak die Rede. Das Massaker in Libyen, die Terroranschläge in Frankreich und Dänemark und Meldungen aus dem Libanon und aus Ägypten, lassen befürchten, dass die Bedrohung durch den IS viel umfassender ist, als bisher angenommen.

Jürgen Hübschen

Man hat den Eindruck, dass die Anti-IS-Allianz immer mindestens einen Schritt zu spät kommt und letztlich nur reagiert, anstatt das Heft des Handelns endlich selbst in die Hand zu nehmen. Insgesamt scheint es für die Anti-IS-Allianz erhebliche Probleme zu geben, den IS wirkungsvoll und vor allem auch nachhaltig zu bekämpfen.

Dafür gibt es vielerlei Gründe, und es besteht nach wie vor die Gefahr, dass die internationale Staatengemeinschaft den Kampf gegen den IS verliert. Ein Grund ist natürlich der IS selbst. Viele seiner Kämpfer verfügen neben einer guten Ausbildung über jahrelange militärische Erfahrung. Die Bewaffnung ist sehr gut – bis hin zu erbeuteten schweren Waffen wie Panzern und Artillerie. Die Hierarchien sind ausgesprochen flach, die Taktik ist extrem

flexibel und die finanzielle Ausstattung sehr gut. Doch die Hauptgründe für die Probleme bei der Bekämpfung des IS sind bei den Alliierten selbst zu suchen.

Der nachfolgende Artikel beschäftigt sich mit den Ländern, in denen der Kampf gegen den IS begonnen hat.

Die fehlende politische Gesamtstrategie

Die internationale Staatengemeinschaft wurde von den Operationen des IS völlig überrascht. Die USA hatten, wie viele andere westliche Länder auch, zunächst geglaubt, den IS für den Sturz des syrischen Präsidenten Assad instrumentalisieren zu können. Deshalb hatten sie, wie auch ihre europäischen Partner und vor allem auch die Türkei tatenlos zugehört, wie immer mehr IS-Kämpfer mit ihren Waffen über die türkisch-syrische Grenze nach Syrien eingesickert sind. Auch als zunehmend IS-Terroristen aus Syrien die Grenze zum Irak überquerten, begriffen die Politiker in

Washington und den europäischen Hauptstädten noch immer nichts. Erst als der IS die nordirakische Stadt Mosul erobert hatte und begann, die Jesiden abzuschlachten, schrillten die Alarmglocken. Aber da war es für ein erfolgreiches militärisches Eingreifen ohne den Einsatz von Bodentruppen bereits zu spät, vor allem auch deshalb, weil den Islamisten bei ihrem Angriff auf Mosul umfangreiches militärisches Gerät und vor allem auch schwere Waffen der geflohenen irakischen Streitkräfte in die Hände gefallen waren.

Trotz vieler Gespräche und Zusammenkünften gelingt es den mehr oder weniger aktiven Akteuren aus mehr als 60 Staaten bis heute nicht, sich auf eine einvernehmliche politische Gesamtstrategie zu verständigen, die eine «conditio sine qua non» für jede erfolgreiche Militäroperation ist.

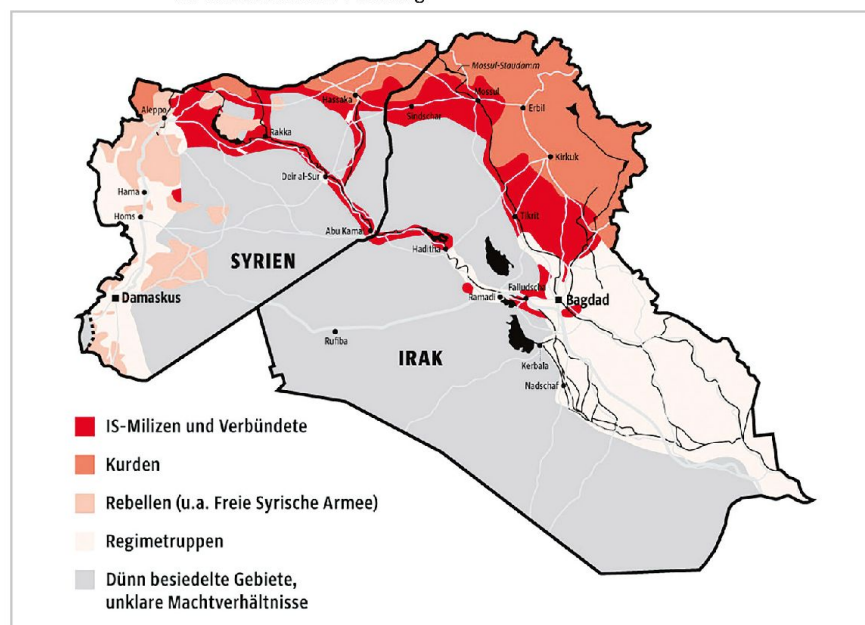
Der militärische Kampf gegen den IS

Die Amerikaner führen seit August 2014 massive Luftschläge gegen den IS durch, an denen sich im Irak Frankreich, Grossbritannien, die Niederlande und auch Kanada beteiligen. Bei den Luftangriffen gegen den IS in Syrien wird Washington nur von einigen arabischen Staaten mit Kampfflugzeugen unterstützt. Bahrain und Kuwait haben den im Einsatz gegen den IS beteiligten Luftstreitkräften Flugplätze zur Verfügung gestellt, bleiben aber wegen der eigenen sunnitischen Bevölkerungsanteile politisch in der Deckung.

Am Boden setzt Washington im Irak auf die kurdischen Peshmergas von Massoud Barzani, der bei seiner Unterstützung sein strategisches Ziel, nämlich einen eigenen Kurdenstaat, nicht aus den Augen verliert. Eine nicht bekannte, aber offensichtlich ständig zunehmende Anzahl von amerikanischen Spezialtruppen ist im Irak präsent; die USA nehmen darüber hinaus stillschweigend in Kauf, dass auch iranische

Verworrenen Verhältnisse.

Karte: süddeutsche Zeitung



Revolutionsgarden, die sogenannten Pasdaran, die schiitischen irakischen Milizen im Kampf gegen den IS unterstützen.

Die irakische Armee ist trotz amerikanischer Berater zu einer wirkungsvollen Bekämpfung des IS, vor allem in der Anbar Provinz, nicht in der Lage.

In Syrien glauben die USA immer noch daran, gemässigte Oppositionelle für den Kampf gegen den IS gewinnen zu können, obwohl diesen syrischen Kämpfern natürlich der Sturz des alawitischen und damit schiitischen Herrschers Assad viel wichtiger ist, als eine Niederlage des sunnitischen IS.

Die Türkei lässt den IS grundsätzlich immer noch gewähren, weil ihr der Sturz von Assad, (den die USA schon lange nicht mehr auf der Agenda haben), und möglichst auch noch der Zusammenbruch des schiitischen Regimes in Bagdad wichtiger sind. Das ist auch der Grund dafür, dass Ankara der Anti-IS-Allianz für deren Luftangriffe noch immer keine Flugplätze zur Verfügung stellt. Deshalb müssen die Alliierten über Tausende von Kilometern anfliegen und haben trotz mehrfacher Luftbetankung nur eine begrenzte Zeit im eigentlichen Kampfgebiet zur Verfügung.

Die arabischen Staaten sind sich wie immer uneins. Während Jordanien und auch die Vereinigten Arabischen Emirate sich an den Luftangriffen auf den IS in Syrien beteiligen, bleibt das sunnitische Saudi Arabien in der Deckung und steht immer noch im Verdacht, den IS finanziell zu unterstützen. Riads Ziel ist es, die dominierende Macht am Golf zu werden und zu verhindern, dass der schiitische Iran dem erzkonservativen wahabitischen Königreich dabei nicht zuvorkommt.

In Teheran hat man sich eindeutig für die Unterstützung der Regierungen in Syrien und im Irak entschieden und beteiligt sich deshalb an den Kämpfen gegen den IS, allerdings ohne dies offen einzugestehen. Auch der Iran verfolgt mit seinem Traum, die Nr. 1 in der Region zu werden, ganz eigene strategische Ziele, für deren Verwirklichung man die schiitischen Systeme in Syrien und im Irak unbedingt braucht.

Im Zentral-Irak, der beim Kampf gegen den IS, häufig unerwähnt bleibt, kämpfen die irakischen Streitkräfte und schiitische Milizen mit Unterstützung iranischer Revolutionsgarden gegen den IS. Das ist mal mehr, mal weniger erfolgreich. In einer anderen Region des Iraks, die der Westen auch nicht genug im Blick hat, nämlich in der westlich von Bagdad gelegenen Provinz Anbar, stehen ausschliesslich Kräfte

der irakischen Armee im Kampf mit dem IS und sind dabei derartig erfolglos, dass nicht nur der internationale Flughafen unter die Kontrolle des IS geraten könnte, sondern sogar ein Vordringen in die Hauptstadt noch immer nicht auszuschliessen ist. Neben den irakischen Kämpfern, die das Land am Boden gegen den IS vertei-



Massoud Barzani, Präsident der autonomen Region Kurdistan. Bild: almasalah.com

digen, gibt es auf der anderen Seite sunnitische Gruppierungen im Untergrund, vor allem auch ehemalige Soldaten, die unter Saddam Hussein gedient haben, die sich mit dem IS verbündet haben.

Die Allianz hat also mit dem Irak nicht nur im Westen des Landes einen ausgesprochen schwachen Verbündeten, sondern im Untergrund landesweit bewaffnete Sympathisanten des IS, die sich vom Sturz der schiitischen Regierung wieder den politischen Einfluss erhoffen, den die Sunniten unter Saddam Hussein gehabt haben.

Lösungsvorschlag

Die Gemengelage ist insgesamt kompliziert und vor allem auch unübersichtlich. Es gibt lediglich Informationen, die häufig auch noch lanciert sind, aber kaum gesicherte Erkenntnisse. Dafür stehen alle möglichen Einschätzungen, Vermutungen und Gerüchte im Raum, die sachlich kaum einzuordnen sind. Wie kann es vor diesem Hintergrund überhaupt eine Lösung geben?

Analyse der Gesamtsituation

Aus meiner Sicht müssen in einer schonungslosen Analyse der Gesamtsituation zunächst die entscheidenden Gründe für die verfahrenere Situation aufgezeigt werden. Dazu gehören zweifellos:

- Der völkerrechtswidrige amerikanische Einmarsch in den Irak, die Auflösung der irakischen Streitkräfte und aller Sicherheitskräfte durch den amerikani-

schen Zivilverwalter Paul Bremer und die Entlassung aller Mitglieder der Baath-Partei in der irakischen Verwaltung und in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Lebens;

- Die Ausgrenzung der irakischen Sunniten durch die Regierung unter dem damaligen Premierminister Maliki;
- Die Isolierung des Irans;
- Der Sturz des ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak. Nach einem muslimischen Intermezzo unter dem damaligen Präsidenten Mursi herrschen in Kairo jetzt wieder die Militärs, wie seit Nassers Zeiten, allerdings in einem wirtschaftlich schwer angeschlagenen und mittlerweile auch sicherheitsmässig teilweise instabilen Ägypten;
- Der Sturz des libyschen Präsidenten Muammar al-Gaddafi; Libyen ist heute mit zwei konkurrierenden Regierungen und einer völlig instabilen Sicherheitslage auf dem Weg zu einem Failed State;
- Der Versuch, den syrischen Präsidenten Assad zu stürzen, ohne ein gesamtstrategisches politisches Konzept zu haben und vor allem auch ohne eine realistische Alternative;
- Das tatenlose Zusehen einer jahrelangen Christenverfolgung im Irak;
- Das Ignorieren einer ständig stärker werdenden Organisation «Islamischer Staat»;
- Das offensichtliche Versagen der Geheimdienste;
- Ankaras Duldung von Waffen- und Materiallieferungen an den IS und absolute Tatenlosigkeit hinsichtlich der Grenzüberschreitung ausländischer Kämpfer;
- Die Fokussierung auf jeweils nur einen Kriegsschauplatz, während der IS-Kampf gegen die Jesiden weitergeht und die Gefahr immer grösser wird, dass der IS die gesamte Provinz Anbar kontrolliert und damit Bagdad konkret bedroht wird.

In einem nächsten Schritt gilt es, Schuldzuweisungen für die dargestellten Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und stattdessen auf der Basis eines gesamtstrategischen politischen Konzept einen militärischen Operationsplan zu entwickeln, wie man den IS erfolgreich bekämpft und zwar mit dem eindeutigen Ziel, ihn vollständig zu vernichten. Die Fehler, die man nicht mehr korrigieren kann, sollte man den Verursachern nicht vorwerfen, weil sich dadurch nichts ändert. Stattdessen müssen die Fehler, die man abstellen kann, umgehend «ausgemerzt» werden. Folgende Massnahmen halte ich für erforderlich:

Politische Massnahmen

- Es muss unter Federführung der UNO umgehend eine politische Gesamtstrategie erarbeitet werden. Daran sind Syrien und auch der Iran unbedingt zu beteiligen;
- Diese politische Gesamtstrategie, die militärische und auch humanitäre Massnahmen umfasst, muss durch einen internationalen Stab unter politischer Führung der UNO umgesetzt werden;
- Die bereits jetzt existierende Allianz ist diesem internationalen Stab zu unterstellen. Über den militärischen Führer der Allianz müssen die Mitgliedsstaaten entscheiden;
- Alle Staaten der Allianz müssen gegen IS-Sympathisanten im eigenen Land geeignete Massnahmen ergreifen und verhindern, dass sie sich in Syrien dem IS anschliessen;
- Die Türkei muss auf die Linie der NATO einschwenken und sich am Kampf gegen den IS beteiligen: Als Minimum sind der Anti-IS-Allianz die türkischen Luftwaffenbasen zur Verfügung zu stellen. Die Grenzen sind bei Bedarf für eventuelle Bodenoperationen zu öffnen und gleichzeitig muss verhindert werden, dass weiterhin Dschihadisten nach Syrien einsickern, um den IS zu unterstützen. Falls die Türkei weiterhin auf ihrem Standpunkt beharren sollte, sind die «Patriot-Verbände» abzuziehen. Im Extremfall ist die NATO-Mitgliedschaft auszusetzen;
- Das Ziel, Präsident Assad zu stürzen, muss offiziell aufgegeben werden;
- Die Kurden sollten auf die Schaffung eines eigenen Staates verzichten, aber dafür in Syrien, der Türkei, im Iran und im Irak einen Autonomie-Status erhalten;
- Die irakische Regierung muss die Sunniten umfassend an der politischen und gesellschaftlichen Erneuerung des Landes beteiligen.

Militärische Massnahmen

- Dem Militärstab der Allianz ist eine stehende internationale Eingreiftruppe zu unterstellen, die den Auftrag hat, den IS so lange zu bekämpfen bis er sich auflöst oder vollständig vernichtet ist;

- «Burden Sharing» in der Allianz, um die Effektivität zu erhöhen. Alle beteiligten Länder sollten grundsätzlich bereit sein, sämtliche Aufgaben zu übernehmen, zu denen sie militärisch in der Lage sind. Vordergründige innenpolitische Rücksichtnahme ist nicht akzeptabel;
- Bekämpfung des IS am Boden und aus der Luft;
- Offizielle Koordination der militärischen Massnahmen in Syrien mit Präsident Assad.

Zusammenfassung

Der Kampf gegen den IS kann nur gemeinsam gewonnen und die bereits existierende humanitäre Katastrophe ist nur in einer gemeinsamen, koordinierten Anstrengung in den Griff zu bekommen.



Der syrische Präsident
Baschar al-Assad.

Bild: Fabio Rodrigues
Pozzebom

Der internationale Einsatzstab muss sich auch der humanitären Probleme annehmen. Dabei sollte der Schwerpunkt darauf gelegt werden, dass die betroffenen Menschen nach Möglichkeit in ihrer Heimat, zumindest aber in der Region bleiben können, um sie nicht vollständig zu entwurzeln. Das Leid der Bevölkerung kann langfristig nur gemindert werden, wenn es gelingt, den IS militärisch zu besiegen und vollständig zu zerschlagen. Dafür muss die internationale Gemeinschaft möglichst viele Länder, vor allem auch in der Region, in ihren Kampf aus der Luft und am Boden einbinden, die humanitären Massnahmen gemeinsam schultern und das Ziel aufgeben, in bestimmten Ländern der Region von aussen einen politischen Systemwechsel herbeizuführen.

Wenn die Allianz verhindern will, dass der Irak zerfällt und dass der IS dazu übergeht, auch in den Herkunftsländern ihrer Kämpfer weitere Terroranschläge zu verüben, darf keine Zeit mehr verloren werden. Die aktuellen Entwicklungen in Libyen lassen befürchten, dass es mittlerweile nur noch 1 Minute vor 12 ist oder bereits danach! ■



Oberst i Gst aD
Jürgen Hübschen
Beratung für
Friedenssicherung und
Sicherheitskonzepte
D-48268 Greven

Aus dem Bundeshaus

Es geht um die durch den Ständerat (SR) verabschiedete Vorlage «Weiterentwicklung der Armee – Änderung der Rechtsgrundlagen» (14.069) im Zweitrat.



Auf Grund eines im Plenum SR zurückgezogenen Antrages «Die Armee verfügt über einen Sollbestand von 140 000 Militärdienstpflichtigen» ist das Postulat «Reaktionsfähigkeit auf Krisen verbessern – Bestandserhöhung für die Armee» entstanden (15.3370). Der Bundesrat wird beauftragt zu berichten, wie eine Armee von 120 000 und 140 000 Angehörigen aussehen könnte, worunter ein Modell mit Reserve. – Nachdem der SR in der Frühjahrssession 2015 einige Änderungen an der Vorlage 14.069 eingebracht hat, tritt die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-NR) im April darauf ein. Sie beantragt, am obligatorischen Schiessen festzuhalten – «Sicherheit der Soldaten» – und, im Gegensatz zum SR, auf die im Militärgesetz vorgesehene Ombudsstelle zu verzichten, weil das bestehende Dienstreglement (DR 04; 510.170.0) ausreiche. Die SiK-NR lehnt einen Antrag ab, die Militärdienstpflicht zeitlich zu verkürzen und nimmt Kenntnis vom Bericht des Bundesrates vom 27. August 2014 «Konzept zur langfristigen Sicherung des Luftraumes» (12.4130).

Die Finanzkommission des NR unterstützt in einem Mitbericht an die SiK-NR die oben erwähnte Vorlage (14.069). Sie lehnt es ab, der SiK-NR zu beantragen, den Ausgabenplafond der Armee von 5 auf 4 Milliarden Franken zu kürzen. – Nicht aus dem Bundeshaus, sondern aus der Märzsession 2015 im Berner Rathaus, stammt eine Ständesinitiative zu den Militärausgaben des Bundes. Diese sollen gemäss einer Motion dreier Grossräte während 10 Jahren mindestens 1,2% des Bruttoinlandsproduktes betragen. Der Regierungsrat reichte die Ständesinitiative am 23. April 2015 bei der Bundesversammlung ein.

Oberst aD Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE